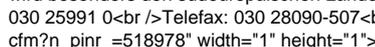




EU-Sozialbericht: Europa droht die wirtschaftliche und soziale Spaltung

EU-Sozialbericht: Europa droht die wirtschaftliche und soziale Spaltung
Zur Veröffentlichung des aktuellen EU-Sozialberichtes erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Griese: Der aktuelle Sozialbericht der Europäischen Union zeigt, dass die Zeit reif ist für ein gemeinsames Soziales Europa. Er ist die schriftliche Bestätigung dafür, dass eine besorgniserregende soziale Aufspaltung Europas in einen relativ stabilen Norden und einen von der Rezession gebeutelten Süden droht. Denn gerade dort sind die Sozialsysteme als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise überlastet. Sie sind kaum noch fähig, die sozialstaatlichen Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Dass eine soziale Aufspaltung Europas nicht nur ein Gefühl ist, wird auf bittere Art und Weise durch die Arbeitslosenzahlen belegt: Während im November EU-weit 10,7 Prozent (26,1 Millionen) ohne Job waren, spitzt sich gerade die Lage in Spanien und Griechenland immer weiter zu: 26,6 Prozent der Spanier und 26 Prozent der Griechen waren im November ohne Job. Besonders für junge Menschen auf Arbeitssuche ist die Lage dabei besonders prekär: In Spanien waren 56,6 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, in Griechenland sogar 57,6 Prozent, mehr als doppelt so viele wie im europäischen Durchschnitt. Die Ernsthaftigkeit der Lage machten auch die unüblich scharfen Töne von EU-Sozialkommissar Lázsló Andor deutlich, der von einer "neuen Kluft" sprach und sagte, dass 2012 "ein weiteres sehr schlechtes Jahr" für Europa war, "was die soziale Lage betrifft." Denn auch das Armutsrisiko stieg vor allem in den südlichen und südosteuropäischen Ländern enorm an. Der EU-Kommissar fordert zu Recht "soziale Investitionen" und Mindestlöhne, wie es sie in vielen europäischen Staaten bereits gibt. Auch hier blockiert die deutsche Bundeskanzlerin sozialen Fortschritt. Die soziale Lage in Europa ist ernst. Der Sozialbericht macht ein weiteres Mal deutlich, wie wichtig die Entwicklung gemeinsamer politischer Maßnahmen in Form einer koordinierten Sozialpolitik ist. Die Bundesregierung muss jetzt zeigen, ob sie es mit ihrem Willen zum Integrationsfortschritt ernst meint, oder sie es bei Lippenbekenntnissen belässt. Denn zu einer vertieften Europäischen Integration gehört unausweichlich, dass Europa auch sozial zusammenwächst und sich gegenseitig unterstützt. Ein erster Schritt wäre, gemeinsame Maßnahmen wie den von der SPD unterstützten Vorschlag der EU-Kommission einer Jugendgarantie umzusetzen. Mit ihr soll gewährleistet werden, dass junge Arbeitssuchende innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Integration in den Arbeitsmarkt erhalten sollen. Das wird besonders den südeuropäischen Ländern helfen.
SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>


Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....